

## **Antrag**

**der Abgeordneten Hartwig Fischer (Göttingen), Eckart von Klaeden, Anke Eymer (Lübeck), Erich G. Fritz, Dr. Peter Gauweiler, Ralf Göbel, Hermann Gröhe, Manfred Grund, Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Joachim Hörster, Hartmut Koschyk, Eduard Lintner, Ruprecht Polenz, Dr. Norbert Röttgen, Anita Schäfer (Saalstadt), Bernd Schmidbauer, Karl-Georg Wellmann, Willy Wimmer (Neuss), Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Herta Däubler-Gmelin, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Niels Annen, Detlef Dzembritzki, Monika Griefahn, Brunhilde Irber, Johannes Jung (Karlsruhe), Hans-Ulrich Klose, Lothar Mark, Markus Meckel, Dr. Rolf Mützenich, Johannes Pflug, Otto Schily, Olaf Scholz, Dr. Ditmar Staffelt, Uta Zapf, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD**

### **Für eine Politik der gleichberechtigten Partnerschaft mit den afrikanischen Ländern**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Seit einigen Jahren meldet sich ein sichtbar vorwärts gewandteres Afrika, das mehr Zuversicht, Dynamik und Optimismus denn je ausstrahlt, auf der internationalen Bühne zurück. Zugleich harren zentrale Sicherheits- und Entwicklungsprobleme noch immer einer Lösung. Für Afrika gilt nichts anderes als für andere Weltregionen: Afrika ist ein Kontinent der Zwischentöne, der sich immer mehr ausdifferenziert und zunehmend auch das Interesse Chinas und Indiens weckt. Dies wird bei einer Betrachtung der vier Felder Frieden und Sicherheit, Menschenrechte und gute Regierungsführung, menschliche Entwicklung (Human Development) sowie Wirtschaft und Handel deutlich.

Im Bereich Frieden und Sicherheit sind in den vergangenen zehn Jahren deutliche Fortschritte gemacht worden. Der erste afrikanische „Weltkrieg“ an den Großen Seen gilt als beendet, die Bürgerkriegsstaaten Sierra Leone, Liberia und Angola sind auf dem Weg der Stabilisierung, der jahrzehntealte Konflikt zwischen Nord und Süd im Sudan wurde durch einen Friedensvertrag entschärft. Diese Erfolge wurden durch afrikanische diplomatische und militärische Anstrengungen, vor allem aber auch durch den massiven Einsatz von VN-Friedensmissionen erzielt. Dennoch bleiben zu viele Konflikte bisher ungelöst – Somalia, Elfenbeinküste, Äthiopien/Eritrea – und vor allem die unhaltbare Situation in Darfur/Sudan. Das Auftreten religiös-fundamentalistischer Kräfte sowie des transnationalen Terrorismus haben einige dieser Konflikte zusätzlich verschärft.

Vergleicht man die Lage der Menschenrechte und der Demokratien in Afrika heute mit jener zu Beginn der 1990er Jahre, so ist der Wandel fundamental. Gab

es damals nur wenige Staaten, die man als Demokratien und Wahrer von Menschenrechten bezeichnen konnte, überwiegen heute die Mehrparteiendemokratien, erfreuen sich die meisten Afrikaner größerer politischer Freiheiten, gibt es eine Vielfalt und Vitalität der Zivilgesellschaft. Dennoch gibt es schwerwiegende Probleme, die die positiven Entwicklungen erheblich gefährden: In Darfur hat sich die Menschenrechtslage dramatisch verschlechtert, Korruption ist noch immer weit verbreitet, Länder wie Tschad drohen in vordemokratische Verhaltensweisen zurückzufallen, einige Mehrparteiensysteme sind eher der Form nach Demokratien als nach der Substanz, selbst relativ gut regierte Länder haben Schwierigkeiten, effektive Staatlichkeit herzustellen: die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols, Rechtsstaatlichkeit, essentielle staatliche Dienstleistungen.

Auch im Bereich menschliche Entwicklung gibt es wesentliche Fortschritte. Vorrangig ist hier die Senkung der Analphabetenquote zu nennen. Doch überwiegen in diesem Bereich in den vergangenen Jahren die Rückschläge. Afrikanische Staaten kommen im Ranking des Human Development Index kaum voran, nur eine Minderheit von ihnen hat Aussichten, die Millenniumentwicklungsziele bis 2015 tatsächlich zu erreichen. Vor allem Afrikas Zurückbleiben bei der Reduzierung von Armut ist im Vergleich zu anderen Regionen augenfällig. Zudem ist Afrika von der Ausbreitung von HIV/AIDS besonders hart betroffen. Im südlichen Afrika führt es nicht nur zur Absenkung von Bevölkerungswachstum und Lebenserwartung, sondern setzt die Gesundheitssysteme, Volkswirtschaften und Gesellschaften extremen Belastungen aus. Dank der Befriedung ehemaliger Konfliktgebiete konnte auch der Missbrauch von Kindern als Soldaten eingedämmt werden, wenngleich Kindersoldaten in afrikanischen Konfliktregionen immer noch in humanitärer wie sicherheitspolitischer Hinsicht ein Problem darstellen. Auch bei der Bekämpfung der Benachteiligung von Frauen und Mädchen sind erste Erfolge zu verzeichnen.

Ein ähnlich heterogenes Bild bietet sich auch im Bereich Wirtschaft und Handel. Trotz einer in den vergangenen Jahren im kontinentalen Durchschnitt erfreulich hohen wirtschaftlichen Wachstumsrate und einigen Erfolgsfällen der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Aufschwung nach wie vor sehr fragil und basiert zum Großteil auf der erhöhten Nachfrage nach Rohstoffen. Dabei kommt auch der Transparenzinitiative für den Rohstoffsektor (Extractive Industries Transparency Initiative – EITI) eine besondere Bedeutung zu, die eine Offenlegung der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft fordert, um durch Transparenz die Korruption zu bekämpfen. Die Nachfrage nach Rohstoffen steht auch im Vordergrund des neu erwachten chinesischen und indischen Interesses am afrikanischen Kontinent. Es droht eine weitere Festschreibung, wenn nicht gar Verhärtung der Rolle Afrikas im Welthandel als Rohstofflieferant, der kaum in die Prozesse globaler Arbeitsteilung eingebunden ist. Schlechte wirtschaftliche Perspektiven sind nicht nur ein Problem von Nationalökonomien, sondern auch ausschlaggebend dafür, dass eine steigende Zahl von Afrikanern erhebliche Risiken in Kauf nimmt, um ein besseres Leben in Europa zu erreichen.

Eine Änderung dieser Rolle, wie auch die Lösung anderer Probleme des Kontinents, ist primär die Aufgabe Afrikas. Und tatsächlich gibt es zahlreiche Hinweise, dass die Bürger und Regierungen Afrikas bereit sind, diese Aufgabe wahrzunehmen. Dies beginnt mit dem Engagement afrikanischer zivilgesellschaftlicher Organisationen und einer neuen Generation afrikanischer Unternehmer, setzt sich in Regierungen fort, die ihren Wählerauftrag ernst nehmen, umfasst Regionalorganisationen, wie die Economic Community of West African States (ECOWAS), die viel für Frieden und Sicherheit geleistet haben, und setzt sich auf kontinentaler Ebene fort. Hier sind vor allem die Transformation der Afrikanischen Union (AU) und ihre Anstrengungen in der Friedenssicherung sowie die NEPAD-Initiative (NEPAD: New Partnership for Africa's Development) zu nennen, die versucht, mit ihrem African Peer Review Mechanism

(APRM) Standards für gute Regierungsführung zu setzen. Allerdings sind auch zivilgesellschaftlichen, regionalen und kontinentalen Gruppen Probleme nicht fremd, die effektive Staatlichkeit einschränken: mangelnde Legitimität und Transparenz sowie geringe Leistungsfähigkeit.

Um diese zu mildern oder gar zu beseitigen, sind Partner auch außerhalb Afrikas nötig. Und auch hier sind die Fortschritte der vergangenen Jahre augenfällig: die Beschlüsse des Millenniumgipfels der Vereinten Nationen und deren Engagement bei der Beilegung von Konflikten, der Dialogprozess zwischen G8 und NEPAD-Staaten, der zur Verabschiedung eines Aktionsplans führte, das Angebot einer neuen strategischen Partnerschaft zwischen Europa und Afrika im Rahmen der EU-Afrikastrategie. Nach wie vor mangelt es diesen Initiativen allerdings an Kohärenz und es droht ein Scheitern der Entwicklungsrunde im Rahmen der WTO-Verhandlungen. Die Economic Partnership Agreements, die die EU gegenwärtig mit afrikanischen Ländern aushandelt, bedürfen einer entwicklungsförderlichen Ausgestaltung, nicht zuletzt durch eine asymmetrische Marktöffnung, um die AKP-Partnerländer (AKP: Afrika, Karibik und pazifischer Raum) durch die WTO-konforme Ausgestaltung der Abkommen nicht zu benachteiligen oder gar die Anstrengungen der regionalen Integration in Afrika zu konterkarieren.

Deutschland hat ein vitales Interesse an einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den afrikanischen Staaten. Neben die traditionell intensive Zusammenarbeit Deutschlands mit afrikanischen Staaten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und dem für die gesellschaftliche Entwicklung Afrikas überaus wichtigen Beitrag von Nichtregierungsorganisationen, allen voran der kirchlichen Entwicklungsdienste und der parteinahen politischen Stiftungen, sind qualitativ neue Aktivitäten getreten: die Beteiligung Deutschlands an internationalen Friedenseinsätzen in Afrika, die stärkere Kooperation im Sicherheitsbereich (u. a. Ausbildung von Polizei und Militär) sowie die Initiative des Bundespräsidenten „Partnerschaft mit Afrika“. Diese leisten nicht nur einen Beitrag zur Lösung von Problemen in Afrika, sondern haben auch dazu beigetragen, die deutsche Öffentlichkeit für die Belange des Nachbarkontinents zu interessieren. Das neu erwachte Interesse an Afrika muss genutzt werden, um dessen Differenziertheit und Komplexität zu vermitteln. Mehr Interesse an Afrika wird aber auch deutscher Afrikapolitik eine größere Aufmerksamkeit beschern, die nicht nur deshalb größerer Schlüssigkeit und Abstimmung zwischen den Beteiligten bedarf.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich angesichts der wachsenden Bedeutung Afrikas für Europa für einen größeren Stellenwert deutscher und europäischer Afrikapolitik einzusetzen. Dies beinhaltet unter anderem eine Stärkung der diplomatischen Präsenz zur besseren Vertretung unserer Interessen vor Ort;
2. in enger Abstimmung mit den afrikanischen Partnern weiterhin den G8-Aktionsplan für Afrika und die Afrikastrategie der EU umzusetzen;
3. die AU und das AU-Parlament als panafrikanisches Forum zu stärken und die NEPAD-Initiative zu unterstützen. Der African Peer Review Mechanism ist ein wichtiger Katalysator demokratischen Wandels in Afrika und sollte als Grundlage für die Politik der internationalen Gemeinschaft dienen;
4. panafrikanische Initiativen sicherheitspolitischer Kooperation, vor allem die sicherheitspolitischen Organe der AU, nachhaltig zu stärken, ebenso wie die regionalen Institutionen und Kooperationen SADC, ECOWAS, die zentralafrikanische Gemeinschaft CEEAC, die Maghreb Union UMA, die Gemeinschaft der ostafrikanischen Staaten EAC und die IGAD, der Zusammenschluss der Staaten am Horn von Afrika. Für erfolgreiche Sicherheits- und

Friedenspolitik bedarf es starker afrikanischer Partner. Es gilt insbesondere, regionale afrikanische Kapazitäten zur Konfliktbeilegung und Konfliktprävention aufzubauen. Nachhaltiger Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gewalt und Kriminalität bedarf eines funktionierenden, demokratisch kontrollierten staatlichen Gewaltmonopols und damit vielfach tiefgreifender Reformen des Sicherheitssektors und des Justizwesens;

5. die Achtung und den Schutz der politischen und zivilen Menschenrechte in Afrika weiter zu fördern. Demokratische Strukturen sind Umsetzung dieser Menschenrechte und bilden den Rahmen für Frieden, Sicherheit und wirtschaftliches Wachstum. Aufbau und Förderung von guter Regierungsführung und transparentem Management öffentlicher Haushalte, von rechtsstaatlichen Strukturen und Institutionen, einer starken Zivilgesellschaft und freien Medien sind daher essentiell notwendig. Insbesondere im Kampf gegen Korruption kommt der internationalen Gemeinschaft eine besondere Verantwortung zu;
6. bei allen afrikapolitischen Initiativen die Stärkung der Rolle der Frauen zu betonen, die in den meisten afrikanischen Staaten die Mehrheit der Bevölkerung stellen, den Großteil der Nahrungsmittel produzieren, aber auch besonders stark von HIV/AIDS betroffen sind. Zudem sind sie häufig Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungen vielfältiger Art. Die rechtliche und faktische Gleichstellung der Frauen und insbesondere ihre Einbeziehung in politische Prozesse müssen daher zentrale Ziele bleiben;
7. weiterhin Projekte gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten in afrikanischen Krisenregionen zu initiieren bzw. zu fördern. Dazu gehören insbesondere Maßnahmen zur Demobilisierung, zur sozialen und gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Kindersoldaten, darüber hinaus die Ächtung von Organisationen und Staaten, die den Missbrauch von Kindern in bewaffneten Konflikten fördern bzw. dulden;
8. nationale und regionale Parlamente in Afrika zu stärken, um die Unabhängigkeit der demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung zu unterstützen, deren Kontrollmöglichkeiten gegenüber den entsprechenden Regierungen zu erhöhen und Korruption wirksam zu bekämpfen. Damit kann ein Beitrag zur Verbesserung der guten Regierungsführung und zur Umsetzung der Millenniumsziele hinsichtlich der Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung geleistet werden. Während der deutschen EU-Präsidentschaft soll in Zusammenarbeit mit der Association of European Parliamentarians for Africa (AWEPA) eine europäisch-afrikanische Parlamentarierinnenkonferenz einberufen werden, auf der konkrete Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und Regierungskontrolle erarbeitet werden sollen;
9. gemeinsam mit den afrikanischen Partnern die Ursachen zu bekämpfen, dass eine immer größer werdende Zahl von Menschen erhebliche Gefahren für Leib und Leben auf sich nehmen, um das Territorium der Europäischen Union zu erreichen. Wir müssen uns den Herausforderungen dieser Migrationsströme ebenso stellen wie denen des transnationalen Terrorismus, der in Afrika ein zunehmendes sicherheitspolitisches Risikopotential darstellt;
10. den interreligiösen Dialog, insbesondere zwischen Christen und Muslimen, zu stärken, um religiös-fundamentalistische Bestrebungen, die die Sicherheit und Stabilität in Afrika beeinträchtigen können, zu verhindern bzw. einzudämmen;
11. sich auf europäischer Ebene für die Erarbeitung einer wirkungsvollen und humanitären Standards entsprechenden europäischen Strategie zum Um-

gang mit Flüchtlingen einzusetzen, die in Kooperation mit den betroffenen afrikanischen Staaten durchgesetzt werden muss;

12. in der Europäischen Union und in der WTO auf eine baldige Wiederaufnahme und einen erfolgreichen Abschluss der Welthandelsgespräche in der Doha-Runde zu drängen. Nicht nur den großen Industrienationen, sondern auch den Staaten Afrikas soll der Welthandel die Chance eröffnen, an der Weltwirtschaft zu fairen Konditionen zu partizipieren. Eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung wirtschaftlichen Wachstums sind gerechte Handelschancen. Dafür müssen insbesondere die Industrieländer Handelshemmnisse abbauen, z. B. konkret auch den Abbau von Exportsubventionen im Agrarbereich vorantreiben;
13. die gesellschaftlichen, akademischen und kulturellen Kontakte zwischen Deutschland und seinen afrikanischen Partnern auch im Rahmen von Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden weiter auszubauen. Hierzu gehört eine entsprechende finanzielle Ausstattung der deutschen Aktivitäten in Afrika. Auch dabei kommt der afrikanischen Diaspora in Europa eine entscheidende Rolle zu – sie ist kulturelle Brücke zwischen unseren Kontinenten und von großer Bedeutung für die Integration von Migrantinnen und Migranten;
14. den Dialog mit China und anderen Akteuren über Afrika zu suchen bzw. zu intensivieren, damit auch diese die positiven Entwicklungen in Afrika unterstützen und nicht unterminieren.

Berlin, den 28. Februar 2007

**Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion**  
**Dr. Peter Struck und Fraktion**





